

Nachholbedarf bei Kinderrechten

Das Ombudskomitee für die Rechte des Kindes (ORK) hat am Dienstag seinen ersten Jahresbericht vorgelegt. Ein Hauptaugenmerk sei dabei auf behinderte Kinder und auf so genannte Problemkinder gerichtet worden, sagte ORK-Präsidentin Marie-Anne Rodesch-Hengesch. Das Feriengebot für behinderte Kinder sei zu gering, Aufnahmestrukturen fehlten.

Zudem müsse dringend etwas gegen die Unterbringung von Jugendlichen und Kindern in Gefängnissen unternommen werden, so Rodesch-Hengesch in einem Interview. Problematisch sei vor allem die Erziehungsanstalt Dreiborn, wo es einen "schwierigen Mix aus jugendlichen Täter- und Opfertypen" gebe. Der ORK-Bericht widmet sich darüber hinaus minderjährigen AsylbewerberInnen. Seit Anfang des Jahres sind nach Angaben des Komitees 73 junge AsylbewerberInnen ohne Ausweispapiere nach Luxemburg gekommen - die meisten von ihnen aus Afrika und Osteuropa. Sie werden in Flüchtlingsheimen untergebracht.

Jugend aufgepasst

Jugendliche Langfinger, Abzieher, DrogenkonsumentInnen aber auch GraffitiistInnen will die Polizei künftig stärker verfolgen. Das erklärten Vertreter der Polizei auf einer Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch. Auch wenn Jugenddelinquenz noch nicht die Ausmaße wie im Ausland habe, und es auch keine spektakulären Zuwachsraten gebe, gewinne das Thema hierzulande "immer mehr an Aktualität", sagte Innenminister Michel Wolter.

Die Polizei will auf zweierlei Ebenen reagieren: Für die kommenden Monate ist eine groß angelegte Sensibilisierungskampagne in den Lyzeen des Landes geplant. Dort sollen die Jugendlichen über delinquentes Verhalten, strafbaren Drogenkonsum, aber auch über mögliche Hilfsangebote, für den Fall des Opfer-Werdens informiert. Zudem wird die Polizei künftig an ausgewiesenen Brennpunkten (Gare, Centre Aldringen) stärker präsent sein als bisher.

Sorge macht den Beamten ein Trend, der auch im Ausland zu beobachten ist: Die Gewaltbereitschaft vor allem der männlichen Jugend steigt, auch untereinander. "Vorrangig geht es um das Stehlen oder Erpressen von Sachen (Handys, oder Geld, d. Red.). Aber Gewalt kommt hinzu, wenn Jugendliche ihr Ziel nicht erreichen." Die Polizei fordert insbesondere Jugendliche auf, derlei Übergriffe zu melden.

Um Opfern mehr und bessere Hilfe anzubieten, hat die Polizei ein Informationsblatt erstellt, auf dem unter anderem auf den "Service d'aide aux victimes" der Staatsanwaltschaft hingewiesen wird. Mit Hilfe einer speziellen Schulung sollen außerdem PolizistInnen auf den Umgang mit Opfer vorbereitet werden.

Sozialforum Paris-Luxemburg

Das zweite Luxemburger Sozialforum soll am 8. Mai stattfinden und dem Thema "Für ein anderes Europa und gegen die EU-Verfassung" gewidmet sein, teilten die Verantwortlichen auf einer im Anschluss an das Europäische Sozialforum in Paris veranstalteten Pressekonferenz mit. Um dieses Thema hätten sich auch die Diskussionen in Paris gedreht, ebenso wie der anschließend von der "Assemblée des mouvements sociaux" verabschiedete Appell. Hervorgehoben wurde, dass sich VertreterInnen von Mainstream-Gewerkschaften wie der IG Metall und der FSU, der französischen Einheitsgewerkschaft im Bildungssektor, für eine Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen ausgesprochen haben. Beim Luxemburger Sozialforum ist diese Zusammenarbeit noch nicht sehr weit gediehen. In der Luxemburger Delegation, die etwa 50 Personen umfasste, befanden sich zwar mehrere OGBL-GewerkschafterInnen, diese hatten aber, im Gegensatz zu ihren FNCTTFEL-KollegInnen, kein offizielles Mandat.

Sechs Millionen im Jahr 2005, zehn Millionen Euro im Jahr 2006. Diese Summe will die EU-Kommission in den Aufbau einer Europäischen Agentur stecken, um die Zusammenarbeit an den Außengrenzen zu verbessern. Wir sprachen mit Ben Hayes von der Organisation "Statewatch".



(Foto: Statewatch)

FESTUNG EUROPA

Gemeinsam sind wir unerträglich

worxx: *Am 11. November schlug die EU-Kommission vor, eine "Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen" einzuführen. Was halten Sie davon?*

Ben Hayes: Was die Kommission hier macht, ist im Grunde nichts anderes als die Nachlieferung einer politischen und rechtlichen Legitimation für etwas, das längst in die Praxis umgesetzt wurde. Denn die Aufgaben, die für die 'neue' Agentur vorgesehen sind, werden bereits seit vergangenem Sommer von einigen EU-Gremien durchgeführt. Das erwähnt die Kommission in ihrem jetzigen Vorschlag jedoch mit keinem Wort. Unserer Meinung nach wird hier lediglich nach einer sicheren Finanzierungsgrundlage durch das EU-Budget gesucht - und das ohne der Öffentlichkeit oder dem Parlament über die Arbeit einer solchen neuen Behörde Auskunft zu geben.

Statewatch hat die Einführung einer solchen Agentur als eine Weiterentwicklung der Festung Europa bezeichnet. Wieso?

Es scheint, als hätte die EU nur ein Prinzip: jede mögliche Maßnahme zu ergreifen, um illegale Einwanderung in die EU zu verhindern. Im Kommissionsvorschlag wird kein Wort über die Rechte von Migranten, über Menschenrechte oder das Recht auf Asyl verloren. Deshalb sehen wir darin auch eine Erweiterung der Festungsideologie.

Spanien und Italien haben sich in Bezug auf die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer für eine bessere Koordination an den EU-Außengrenzen eingesetzt und die Einführung einer grenzübergreifenden Agentur gefordert.

Diese Agentur wird jedoch nicht dazu beitragen, solche Katastrophen zu verhindern. Laut internationalem Gesetz ist jedes Schiff beispielsweise dazu verpflichtet, Menschen in Not aufzunehmen, und sie an einen sicheren Ort zu bringen. Soweit wir die EU-Dokumente einsehen konnten, sieht es sehr danach aus, dass dieser Grundsatz an den EU-Wassergrenzen nicht angewendet werden soll. Im Gegenteil. Da ist vielmehr die Rede davon, wie diese Menschen auf dem schnellstmöglichen Weg in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden können. Ihre Sicherheit scheint eine weitaus kleinere Rolle zu spielen, als die Sorge, sie aus dem EU-Gebiet wegzubringen.

Ein Argument für die Grenz-Agentur besteht darin, dass dadurch den "Schleusern" an den Außengrenzen das Handwerk gelegt werden soll.

Schärfere Kontrollen werden mit Sicherheit dazu dienen, die illegale Einwanderung einzudämmen. Doch wie ich schon sagte: Im Kommissionsvorschlag steht nichts über die Rechte oder über den Schutz von Flüchtlingen. Neu ist allerdings, dass jetzt auch die Ausweisung der Flüchtlinge EU-weit

von der geplanten Agentur koordiniert werden soll. Und es ist sicher kein Zufall, dass die EU-Minister sich gerade darauf geeinigt haben, die Abschiebungen von Flüchtlingen künftig aus dem EU-Budget zu finanzieren.

Was bedeutet es, wenn eine europäische Agentur künftig die Ausweisung von Flüchtlingen koordinieren soll?

Auch hier sind wir in erster Linie um die Sicherheit, um die Rechte der Abgeschobenen besorgt. Es wird unmöglich sein, einen Einblick auf diese Arbeit zu haben. Immerhin hat die Kommission die Arbeit der bereits aktiven Gremien, die EU-weit im Grenzschutz zusammenarbeiten, der Öffentlichkeit erfolgreich vorenthalten.

Gegen die Einführung einer EU-weiten Grenzpolizei gab es Einwände, unter anderem von Großbritannien. Wem sollte Ihrer Meinung nach in Sachen Grenzsicherung mehr Macht übertragen werden, Brüssel oder den einzelnen EU-Staaten?

Dies ist einer der Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten der nationalen Souveränität eine große Bedeutung zumessen. Unserer Meinung nach ist dies ein vorgeschobenes Argument - auch um diese Maßnahmen einer Kontrolle durch das Europaparlament und damit der Öffentlichkeit zu entziehen. Das Argument der nationalen Souveränitäten ist ebenfalls Schuld daran, dass wir bislang in der

EU noch keine gemeinsamen Asylgesetzgebung haben.

Bis Dezember 2003. sollen die gemeinsamen Richtlinien für Asylprozeduren auf dem Tisch liegen. Die Flüchtlingshilfsorganisationen haben sich stets für die Einführung solcher Richtlinien ausgesprochen.

Unser Argument war: Wir brauchen Minimumstandards, um zu verhindern, dass einzelne EU-Staaten besonders harte Gesetze in diesem Bereich erlassen und anwenden. Jetzt sieht es allerdings so aus, als würden die gemeinsamen Richtlinien einige Mitgliedstaaten sogar dazu zwingen, das Niveau der bei ihnen angewandten Standards niedriger anzusetzen. Am meisten beunruhigt uns im Moment die Einführung einer Liste so genannter sicherer Staaten, in die Flüchtlinge bedenkenlos abgeschoben werden können.

Wieso?

Kein Land kann grundsätzlich als "sicher" deklariert werden. Man kann den Asylantrag eines Menschen nicht deshalb ablehnen, weil er aus einem "sicheren" Land stammt. Die EU scheint darüber hinaus immer mehr Länder als "sicher" anzusehen. Zurzeit wird sogar die Rückführung von Menschen mit vorübergehendem Bleiberecht aus Afghanistan nachgedacht. Es dürfte wohl klar sein, dass dieses Land nicht sicher ist.

Wäre es Ihrer Meinung nach unter den gegebenen Umständen besser, auf gemeinsame Richtlinien in der Asylpolitik zu verzichten?

Wenn wir eine gemeinsame Asyl- und Immigrationspolitik bekommen, die auf den Mindeststandards einzelner Mitgliedstaaten oder sogar auf noch niedrigeren Standards basiert, dann sollten wir diese in der Tat ablehnen.

Interview: Danièle Weber